N I E D E R S C H R I F T

21. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.06.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion	
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Matthias Feilen - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion	
Herr Peter Steingass - CDU	
Herr Stv. Guido Gebauer - ABU-Fraktion	
Herr Hartmut Malecha - GRÜNE	
Herr Josef Wisten - FWA	
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion	Vertretung für: Herrn Hoffmann, Christian
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied	
Herr Peter Schongen - GRÜNE	

Abwesend waren:

Herr Christoph Kuckartz - FDP	ja
Herr Christian Hoffmann - REP	ja
Herr Wolfgang Graf - SPD (IGBCE)	ja
Herr Edgar Spiertz - CDU	ja
Herr Ferdinand Plum - ABU	ja

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
   Vorlage: 2012/0254

2. Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung
   Vorlage: 2012/0255

3. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen gefassten Beschlüsse
   Vorlage: 2012/0256

4. Klima für Klimaschutz - Klimaschutz als kommunale und städteregionale Gemeinschaftsaufgabe
   Vortrag durch die Stabsstelle Modellregion Klimaschutz der Städteregion Aachen
   Vorlage: 2012/0260

5. Anlage eines durchgehenden Radweges entlang der ehemaligen Bahntrasse von Aachen nach Jülich
   hier: Vorstellung der Machbarkeitsstudie durch die Städteregion Aachen
   Vorlage: 2012/0195

6. Ausbau der Blumenrather Straße
   hier: Aufhebung einer Verwaltungsvereinbarung mit der Stadt Würselen
   Vorlage: 2012/0226

7. Bebauungsplan Nr.295 – Alte Aachener Straße –
   a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
   b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.295 – Alte Aachener Straße -
   Vorlage: 2012/0169

8. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 - Alleinsteiner Straße
   a) Aufstellungsbeschluss zur Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 - Alleinsteiner Straße
   b) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung
   Vorlage: 2012/0253

9. Bebauungsplan Nr. 326 - Allensteiner Straße -
   a) Aufstellungsbeschluss gemäß § 12 BauGB (Vorhaben- und Erschließungsplan) zum Bebauungsplan Nr. 326 - Allensteiner Straße -
   b) Billigung des Vorhaben-und Erschließungsplanes
   c) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung
   Vorlage: 2012/0211

10. Bebauungsplan Nr.197 - 1.Änderung - Am Buschweg -
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.197 - 1.Änderung - Am Buschweg -
Vorlage: 2012/0219

11. Bebauungsplan Nr.305 – Am Viehau –
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.305 – Am Viehau -
Vorlage: 2012/0220

12. Bebauungsplan Nr.325 – Hans-Böckler-Straße-
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der ersten öffentlichen Auslegung
b) Billigung des Bebauungsplanes Nr.325 – Hans-Böckler-Straße –
c) Beschluss über die zweite öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr.325 – Hans-Böckler-Straße -
Vorlage: 2012/0221

13. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2012/0257

P r o t o k o l l:

Öffentlicher Teil:

---

zu 1 Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2012/0254

Protokoll:
Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herr Stv. Plum begrüßt die Sitzungsteilnehmer, die erschienenen Zuhörer/innen, die Presse

die Verwaltung:

Herr Hermanns	Assessor
Herr Göttgens	FG 4.3
Herr Felkel	FG 4.3
Frau Schaal	FG 2.1
Herr Wiese	FG 2.1
Herr Otte	FG 2.1
Frau Marzol	FG 2.1

sowie die Gäste

Herr Zink	Baudezernent der Städteregion Aachen
Herr Oswald	Städteregion Aachen zu TOP 5 ÖT
Frau Buttstädt	Städteregion Aachen zu TOP 4 ÖF
Herr Reintjes	Planungsbüro Kaulen zu TOP 5 ÖT
Herr Schlun	Fa. Schlun zu TOP 11 ÖT
Herr Schmidt-Illguth	BBE zu TOP 11 ÖT
Herr Springsfeld	BSV Verkehrsplaner zu TOP 11 ÖT
Herr von der Heide	VDH Projektmanagement zu TOP 11 ÖT
Frau Sybrandi	VDH Projektmanagement zu TOP 11 ÖT

und stellt fest, dass Einladung und Erläuterungen form- und fristgerecht zugegangen sind. Im Anschluss daran eröffnet er die 21. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und macht auf die Nachreichung der Anlage 35 zum öffentlichen Punkt 11: Bebauungsplan Nr. 305 – Am Viehau – aufmerksam.
Außerdem bittet er im Hinblick auf die schwache Sehleistung des Herrn Knippschild um Rücksichtnahme innerhalb des Ausschusses und dass Herrn Knippschild vom unmittelbaren Nachbarn (der SPD-Fraktion) geholfen wird, wenn sich Änderungen während einer Sitzung ergeben. Der Bürgermeister ist momentan darum bemüht, so schnell wie möglich, ein Lesegerät für Herrn Knippschild für die Sitzungen anzuschaffen.

Herr Malecha bittet darum, zwei Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung stellen zu dürfen.

Hiergegen erheben sich keine Bedenken.

zu 2 Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung
Vorlage: 2012/0255

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gem. § 17 der Geschäftsordnung zu den Punkten der öffentlichen Sitzung gestellt.

zu 3 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen gefassten Beschlüsse
Vorlage: 2012/0256

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 4 Klima für Klimaschutz - Klimaschutz als kommunale und städteregionale Gemeinschaftsaufgabe
Vortrag durch die Stabsstelle Modellregion Klimaschutz der Städteregion Aachen
Vorlage: 2012/0260

Protokoll:

Frau Buttstädt, Städteregion Aachen, Stabstelle Modellregion Klimaschutz, informiert den Ausschuss für Stadtentwicklung über den Bereich Klimaschutz in der Städteregion Aachen. Dieser Vortrag ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Herr Stv. Gebauer fragt nach, ob bekannt sei, wie hoch der CO^2 Ausstoß vor 30 Jahren in der Städteregion Aachen gewesen war.

Frau Buttstädt weist darauf hin, dass dem Klimaschutzkonzept Daten aus dem Jahre 1990 (also vor 20 Jahren) vorliegen. Wie diese Daten sich bis heute verändert haben, wird in dem kommunalen Klimaschutzkonzept noch erarbeitet. Da gibt es dann Tools, die von der Energieagentur NRW bereitgestellt werden, wo dann auch eine kontinuierliche CO^2-Bilanzierung stattfindet.

Herr Malecha fragt nach, ob es sich bei den Prozessstrukturen, die noch geändert werden müssen, um reine Maßnahmen zur CO^2-Vermeidung handelt oder ob z.B. auch Gase, wie z.B. Methan (bei Massentierhaltung) oder FCKW in dem Konzept Berücksichtigung finden.

Frau Buttstädt erklärt, dass nicht nur von CO^2-Emissionen ausgegangen werden könne. Man sehe dies immer äquivalent und werde kaum Methan-Ausstoß-Reduktion sehen, weil das unter diesen Äquivalenten zusammen gefasst sei. Das

ganze werde dann in CO^2-Äquivaltente umgerechnet. Aber andere Treibhausgase spielen natürlich auch eine Rolle.

Herr Zink, Städteregion Aachen , Baudezernent, merkt an, dass er auch für den Klima- und Verbraucherschutz zuständig sei. Mittlerweile stelle sich die Situation so dar, dass man mit Insekten und Viren zu kämpfen habe, die aus dem tiefsten Afrika und Asien kommen und hier auch überleben. Dies stellt ein großes Problem dar.

Ebenso sind die Stürme in den letzten Jahren sehr viel intensiver geworden, als es vor Jahren noch der Fall war. D.h., es muss geschaut werden, die Temperaturen niedrig zu halten und den CO^2-Ausstoß zu reduzieren. Es sind nur relativ wenige und kleine Maßnahmen, die die einzelne Person oder die Verwaltung ausrichten können. Deshalb sei es wichtig, dass so viele Leute wie möglich mitarbeiten, um einen möglichst großen Effekt zu erreichen. Die Stadt Würselen habe bereits ein integriertes Klimaschutzkonzept und die Stadt Stolberg macht etwas Eigenes. Wobei es wesentlich günstiger sei, das für die Kommunen in der Städteregion Aachen gemeinschaftlich ein Konzept entwickelt wird, als wenn einer alleine ein Konzept entwickelt. Zum Abschluss bedankt er sich bei der Stadt Alsdorf für die bisherige gute Zusammenarbeit und hofft, dass ein vernünftiges Ergebnis erreicht werden könne, was allen in der Stadt Alsdorf zu Gute kommen werde.

Herr Malecha fragt nach, ob sich die Stadt Alsdorf auch schon an dem Klimaschutzkonzept angeschlossen habe.

Herr Zink merkt an, dass die Stadt Alsdorf sich am Konzept schon beteiligt habe. Einzelheiten diesbezüglich möchte er nicht ausführen, solange noch nichts gemeinsam erarbeitet wurde.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum, betont, dass die Grüne-Fraktion vor 2 Jahren vorgeschlagen hatte, ein eigenes Konzept zu erstellen. Mittlerweile habe die Entwicklung jedoch gezeigt, dass man in der Gemeinschaft mehr erreicht, als als Einzelperson. Von daher sei die Zusammenarbeit mit der Städteregion nur zu begrüßen.

Herr Held fragt nach, ob es nicht sinnvoll sei, Blockheizwerke zu errichten.

Herr Zink erklärt, dass das Heizen mit Blockheizwerken bedacht wurde. Unter anderem soll ja auch bedacht werden, wie Energie eingespart werden könne. Die Verbraucherzentrale sowie „Altbau Plus“ sind auch mit an dem Klimaschutzkonzept beteiligt und die Städteregion Aachen befindet sich im ständigen Austausch mit diesen Organisationen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Vortrag der Stabsstelle Klimaschutz der Städteregion Aachen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig

zu 5 Anlage eines durchgehenden Radweges entlang der ehemaligen Bahntrasse von Aachen nach Jülich
hier: Vorstellung der Machbarkeitsstudie durch die Städteregion Aachen
Vorlage: 2012/0195

Protokoll:
Herr Oswald, Sachbearbeiter Immobilienmanagement und Verkehr sowie Radwegebeauftragter der Städteregion Aachen, stellt den Mitgliedern des Ausschusses den geplanten Ausbau des Radweges Aachen-Jülich vor.
Ende der 80-iger Jahren hat der Kreis Aachen gemeinsam mit der Stadt Alsdorf einen Teil des Radweges (von Hoengen bis an die Kreisgrenze Aldenhoven) auf der Bahntrasse Aachen-Jülich angelegt. Der Kreis Düren hat dann bis zur Stadt Jülich weitergebaut. In der heutigen Zeit hat das Thema Radverkehr eine wesentlich größere Bedeutung als in den 80iger Jahren. Im Jahre 2009 wurde der politische Antrag gestellt, den Radweg Aachen-Jülich weiter auszubauen. Dies betrifft den bereits bestehenden Abschnitt wie auch Abschnitte, die zum damaligen Zeitpunkt nicht auf der Bahntrasse (von Aldorf-Hoengen in Richtung Würselen Aachen) angelegt wurden.
Die Städteregion Aachen hat daraufhin eine Machbarkeitsstudie durch das Büro Kaulen beauftragt. Aufgrund dieser Machbarkeitsstudie wurde dann der Einplanungs- und Finanzierungsantrag bei der Bezirksregierung Köln durch die Städteregion eingereicht. Seit 2009 befindet sich die Städtregion Aachen in Gesprächen mit den betroffenen Kommunen. Der Kreis Düren wird unabhängig von der Städteregion Aachen eine eigene Planung vornehmen.
Ziel der Städteregion ist nach Rücksprache mit den Kommunen im Herbst eine konkretere Planung vorstellen zu können. Dieser Planung sollte dann durch die einzelnen Gremien zugestimmt werden ebenso wie der noch abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung. Diese soll mit den Kommunen abgeschlossen werden, damit die anschließende Unterhaltung des Weges gewährleistet ist.
Im Jahre 2013 und 2014 soll der Ausbau getätigt werden, dies ist jedoch abhängig von dem Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Köln.
Programmberatungsgespräche sollen Ende September 2012 stattfinden.

Herr Reintjes, Büro Kaulard, stellt dem Ausschuss die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor, die der Niederschrift als **Anlage** beigefügt sind. (0:34)

Herr Malecha erklärt für die Grüne-Fraktion, dass diese den Antrag auf Ausbau des Radweges schon seit 25 Jahren verfolge und der Verwirklichung der Maßnahme positiv entgegenstehe. Der heutige Vortrag vom Büro Kaulard sei so informativ, dass er darum bittet, diesen den Fraktionen zukommen zu lassen. Abschließend fragt er nach, wie die Lücken im ehemaligen Bahnnetz (Bereich Alt-Ofden – Euchener Straße sowie der Einschnitt durch Offenlegung des Broichbaches) geschlossen werden sollen.

Herr Oswald merkt an, dass das Brückenbauwerk aus Kostengründen nicht wieder erbaut werde. Es sei geplant an der Landstraße, an dem vorhandenen alten Viaduc, eine Rampe runter vom Bahndamm zu errichten und dann die vorhandenen Wege neben dem Bahndamm zu nutzen. Diese führen dann bis zum Bereich Blumenrath, wo dann die vorhanden Bahntrasse wieder genutzt wird.

Herr Stv. Mortimer fragt nach, was mit dem Radweg auf Würselener Stadtgebiet geschehe, der auf der Bahntrasse entlang verläuft.

Herr Oswald erklärt, dass es einen Radweg auf der alten Bahntrasse zwischen Haaren und Würselen gebe, der weiter genutzt werden solle, indem man ihn asphaltiere. Sollte die Stadt Würselen sich dem Euregiobahnnetz anschließen wollen, so sei eine neue Lösung für diesen Bereich zu erarbeiten.

Herr Stv. Brandt fragt nach den Kosten, Kostenträgern und Finanzierung des Projektes nach.

Herr Oswald führt aus, dass das gesamte Projekt Kosten in Höhe von ca. 204 Mio. Euro verursachen werde. Die genannten Kosten seien jedoch nur geschätzte Kosten. 75% dieser Kosten werden aus Fördermitteln bezahlt und die Städteregion Aachen wird die restlichen 25 % Eigenanteil übernehmen. Die Kommunen haben davon keine Kosten zu tragen. Jedoch soll die Unterhaltung der Wege durch die einzelnen Kommunen übernommen werden. Dafür sei der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit jeder einzelnen Kommune nötig.

Herr Zink, Baudezernent Städteregion Aachen, weist darauf hin, dass man solche Radwegeverbindungen vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiekosten benötige und dass man auch noch etwas für die Gesundheit beim Radfahren tut. Aus diesem Grunde bittet er die Anwesenden darum, diesen Radweg auch einmal zu nutzen und sich ein eigenes Urteil darüber zu bilden.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Machbarkeitsstudie seitens der Städteregion Aachen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig

---

zu 6 Ausbau der Blumenrather Straße
hier: Aufhebung einer Verwaltungsvereinbarung mit der Stadt Würselen
Vorlage: 2012/0226

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Verwaltungsvereinbarung mit der Stadt Würselen vom 08. Oktober 2007 zum Ausbau der Blumenrather Straße aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

---

zu 7 Bebauungsplan Nr.295 – Alte Aachener Straße –
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.295 – Alte Aachener Straße -
Vorlage: 2012/0169

Protokoll:

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, erklärt gemäß § 43 Abs. 2 i.V.m. § 31 Abs. 4 der Gemeindeordnung NW seine Befangenheit in dieser Angelegenheit.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 43 Abs. 2 Ziff. 4 der Gemeindeordnung NW einstimmig die Befangenheit von Herrn Stv. Brandt.

Herr Malecha erklärt für die Grüne-Fraktion, dass diese den Beschluss aus bekannten Gründen ablehnen werde.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Alsdorf:
Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der ersten öffentlichen Auslegung (Vorlage 2011/1503) und der zweiten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.
b) den Bebauungsplan Nr.295 – Alte Aachener Straße – als Satzung.

Abstimmungsergebnis:
Mit Mehrheit (1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

---

zu 8 Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 - Alleinsteiner Straße
a) Aufstellungsbeschluss zur Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 24 - Alleinsteiner Straße
b) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung
Vorlage: 2012/0253

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung

a) beschließt die Aufstellung zur Flächennutzungsplan - Änderung Nr. 24 – Allensteiner Straße -. Die genaue Abgrenzung des Plangebiets geht aus dem beigefügten Lageplan hervor **(Anlage der Originalniederschrift),** der Bestandteil des Beschlusses wird.
b) beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

---

zu 9 Bebauungsplan Nr. 326 - Allensteiner Straße -
a) Aufstellungsbeschluss gemäß § 12 BauGB (Vorhaben- und Erschließungsplan) zum Bebauungsplan Nr. 326 - Allensteiner Straße -
b) Billigung des Vorhaben-und Erschließungsplanes
c) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung
Vorlage: 2012/0211

Protokoll:
Herr Hermanns verliest eine Änderung, die die Anlage 4, Punkt 4.1 betrifft:
„4.1 Anlieferungsbereich
Zum Schutze der benachbarten Wohnbebauung vor Lärmemissionen ist entlang der südlichen Grenze des Plangebietes eine Lärmschutzwand zu errichten."

Herr Steingass fragt nach, warum die Parkplatzanordnung in den Anlagen 3 und 7 unterschiedlich seien. In der Anlage 7 könne man Schleppkurven sehen, die in der Andienung meistens in den frühen Morgenstunden durch Schwerverkehrsfahrzeuge stattfinde. Hierbei sei besonders drauf zu achten, dass die Schleppkurven funktionieren, wenn die Parkstände belegt seien.

Herr Göttgens erklärt, dass die Verwaltung die Meinung des Herrn Steigass vertrete. Daher lässt der Investor zur Zeit ein Verkehrsgutachten erstellen mit dem Hinweis, dass o.g. Problematik entstehen könnte.

Frau Schaal ergänzt, dass auch das Problem der Stellplätze noch nicht ausgereift sei.

Herr Malecha fragt nach, ob sich durch die Ausweitung der Bedarf an Parkplätzen ändere und ob dies auf dem Gelände zu berücksichtigen sei.

Frau Schaal führt aus, dass der Parkplatzbedarf gleich bleibe.

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung

a) beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 326 – Allensteiner Straße – als Vorhaben- und Erschließungsplan gemäß § 12 BauGB. Die genaue Abgrenzung des Plangebietes geht aus dem beigefügten Lageplan **(Anlage der Originalniederschrift)** hervor, der Bestandteil des Beschlusses wird.
b) billigt den Bebauungsplan Nr. 326 – Allensteiner Straße.
c) beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

---

zu 10 Bebauungsplan Nr.197 - 1.Änderung - Am Buschweg -
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der zweiten öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.197 - 1.Änderung - Am Buschweg -
Vorlage: 2012/0219

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Alsdorf:
Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.

b) den Bebauungsplan Nr.197 – 1. Änderung – Am Buschweg – als Satzung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

---

zu 11 Bebauungsplan Nr.305 – Am Viehau –
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr.305 – Am Viehau -
Vorlage: 2012/0220

Protokoll:
Herr Stv. Brandt erklärt, dass die CDU-Fraktion das Projekt in dieser Form ablehnen werde. Er gibt zu bedenken, dass neue Aspekte vorliegen (Schreiben Sauerwald, Gegengutachten Nepomuck und H. Knorek sowie ein ansässiger Arzt, Rechtsanwalt Noppeney) die bei der Entscheidung zu berücksichtigen seien. Er fragt nach, ob die neuen Aspekte der Verwaltung bei der Entscheidung Anlass zu Bedenken geben oder ob die Entscheidung von den neuen Aspekten unberührt bleibe.
Zudem könne er nicht nachvollziehen, warum Herr Stv. F. Krämer als Antragsteller der Siedlergemeinschaft Begau, die sich gegen die geplante Bebauung ausgesprochen habe, in der Sitzung seine Zustimmung zum Bebauungsplan gegeben habe. Dies stehe seiner Meinung nach im Widerspruch mit dem Antrag der Siedlergemeinschaft Begau. Außerdem wurde ein erneutes Schreiben mit Datum vom 10.05.2012 durch die Siedlergemeinschaft Begau verfasst, indem sie ihren Unmut über die Verkehrssituation äußern, die durch die Bebauung unerträglich werden wird. Aus den genannten Gründen könne er das Abstimmungsverhalten des o.g. Stadtverordneten nicht nachvollziehen.

Herr Springsfeld, Verkehrsgutachter Fa. BSV erklärt, dass das Verkehrsgutachten sukzessive mit den planerischen Vorstellungen weiterentwickelt wurde. Der jetzige Knotenpunkt ist verkehrlich stark belastet und von den Verkehrsabwicklungen und –qualitäten ungenügend und unbefriedigend. Im Verfahren sei es durch die Ergreifung einer ganze Reihe von Maßnahmen (die im Einzelnen im Gutachten aufgeführt und belegt sind) gelungen, die zukünftigen gestiegenen Verkehrsbelastungen besser abzuwickeln als die heutige Bestandssituation. Die erarbeitete verkehrliche Lösung stelle sich als tragfähig und empfehlenswert dar, die auch noch Reserven für die Zukunft beinhalte. Die Eingabe zum Bereich „Begau“ kann seitens der Verkehrsgutachter nicht nachvollzogen werden.

Herr Stv. Plum weist Herrn Stv. Brandt darauf hin, dass Herr Stv. F. Krämer in der angesprochenen Ratssitzung sich dahingehend geäußert habe, dass er seine Meinung geändert habe, da die Verwaltung sich mit den vorgetragenen Argumenten der Siedlergemeinschaft Begau so umfassend befasst habe, dass er seine Meinung geändert habe und dann der Verwaltungsvorlage in der Sitzung zugestimmt. Außerdem erkenne man, dass die Vorlage sich jedesmal geändert habe, weil die Verwaltung alle neuen Anregungen eingearbeitet und dazu Stellung bezogen habe.

Herr Malecha schließt sich den Argumenten der CDU-Fraktion an. Die Grüne-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass die Sache mit der Verlegung des Aldi-Marktes nicht zu realisieren sei. Dies gehe aus den Gegengutachten hervor und deshalb könne die Grüne-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen. Er fragt

außerdem nach, ob die geplanten Stellflächen ausreichend seien, da der Aldi-Konzern an seinem jetzigen Standort bereits 250 Plätze benötige.

Herr von der Heide führt aus, dass die Expansion der verschiedenen Märkte mit dem Aldi-Markt bereits bei den Mietvertragsverhandlungen berücksichtigt wurde. Man liege auch im Rahmen der bauordnungsrechtlich geforderten Stellplätze und die Zustimmung aller Mieter liege vor. Außerdem merkt er an, dass nicht der Verkehrsgutachter das Gegengutachten erhalten habe, sondern auch die Juristen des eigenen Hauses sich mit den Bedenken intensiv beschäftigt und überprüft haben. Nach wie vor stehe man hinter dem geplanten Vorhaben.

Herr Schmidt-Illguth, BBE-Handelsberatung, weist darauf hin, dass man ganz zu Anfang festgestellt habe, dass der Stadtteil Mariadorf mit fast 20.000 Einwohnern, im Bereich der wohnungsnahen Versorgung unterversorgt war. In der städteregionalen Arbeitsgruppe wurde Alsdorf als Beispiel genannt, wo dringend Handlungsbedarf sei. Zwei vorgeschlagene Bereiche (Netto-Markt in Mariadorf und Penny-Markt in Hoengen) sind bereits realisiert worden. Die im Gegengutachten unterstellte Umsatzumverteilungswirkungen sei seitens der Fa. BBE nicht nachvollziehbar. In diesem Bereich sei lediglich ein Vollsortimentbetrieb ansässig, d.h. jeder Mariadorfer finde statistisch gesehen 0,13 m² Verkaufsfläche bei einem Vollsortimenter vor. Dies liege deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der 0,22 m². Die Umsatzversorgung des nahversorgungsrelevanten Einzelhandels liege bei lediglich 80% der verfügbaren Kaufkraft und es fließe Kaufkraft ab. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass die Ergebnisse des Gegengutachtens nicht nachvollzogen werden können und seiner Meinung nach, habe der Gegengutachter die kommunale und regionale Situation in der Städteregion nicht richtig bewerten können. Der REWE-Markt werde keinen unverträglichen Wettbewerb durch das neue Vorhaben erhalten.

Herr Herrmanns verweist darauf, dass keine beteiligte Behörde (Industrie- und Handelskammer, Einzelhandelsverband, STRIKT-Arbeitskreis, Städteregion) Bedenken gegen dieses Vorhaben geäußert habe. Ganz im Gegenteil, so habe die Industrie- und Handelskammer hervorgehoben, dass die Gesamtwirtschaft nicht benachteiligt werde und mit diesem Vorhaben eine wohnortnahe Versorgung gewährleistet werde.

Außerdem erklärt der Vorsitzende, Herr Stv. Plum, dass die Verwaltung vorschlage, den Beschlussvorschlag zu b) um folgenden Zusatz zu erweitern:
„b) den Bebauungsplan Nr. 305 – Am Viehau (Anlage der Originalniederschrift) als Satzung.“

Beschluss:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss an den Rat der Stadt Alsdorf:
Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 305 - Am Viehau - die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.
b) den Bebauungsplan Nr. 305 - Am Viehau - **(Anlage der Originalniederschrift)** als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (4 Gegenstimmen)

zu 12 Bebauungsplan Nr.325 – Hans-Böckler-Straße-
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der ersten öffentlichen Auslegung
b) Billigung des Bebauungsplanes Nr.325 – Hans-Böckler-Straße –
c) Beschluss über die zweite öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr.325 – Hans-Böckler-Straße -
Vorlage: 2012/0221

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

a) beschließt nach Prüfung der Anregungen aus der ersten öffentlichen Auslegung, die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.

b) billigt den Bebauungsplan Nr. 325 – Hans - Böckler - Straße.

c) beschließt die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 325 – Hans - Böckler – Straße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2012/0257

Protokoll:

Mitteilungen der Verwaltung:

Herr Hermanns verliest folgende Mitteilung der Verwaltung:

Landschaftsplan (LP) VII "Eschweiler / Alsdorf" - **Trägerbeteiligung**

Vom 30.05. bis 29.06.2012 erfolgt die erneute öffentliche Auslegung des Entwurfs zum LP VII "Eschweiler / Alsdorf" - in Alsdorf im Umweltamt, Raum 610. Jeder Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf ist zwischenzeitlich ein Exemplar zugeleitet worden.

Der Vor-Entwurf zum LP VII ist bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2011 von Mitarbeiter der unteren Landschaftsbehörde der StädteRegion Aachen sowie des Büros Lanaplan als Planverfasser vorgestellt worden.

Das Plangebiet des LP VII umfasst nur einen kleinen, überwiegend landwirtschaftlich genutzten Bereich des Stadtgebietes Alsdorf. Die bisherige landwirtschaftliche Nutzung bleibt von den im LP dargestellten Ge- und Verboten unberührt. Im LP VII festgesetzte Maßnahmen erfolgen ausschließlich im Einvernehmen mit den jeweiligen Grundstückseigentümern und im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen.

Aufgrund insbesondere der Ausführungen von Herrn Bollig als Leiter der unteren Landschaftsbehörde zu den im Ausschuss erfolgten Fragen bzw. Anregungen zum Blausteinsee wurden die Inhalte des Vor-Entwurfes zum LP VII, vorbehaltlich der zur Offenlage angekündigten Änderungen, einstimmig zur Kenntnis genommen.

Mit Schreiben der Stadt Alsdorf vom 28.02.2011 wurde der StädteRegion mitgeteilt, dass dementsprechend seitens der Stadt Alsdorf keine Bedenken bestehen, den Plan weiter zu verfolgen.

Mit dem einstimmig gefassten Beschluss des Städteregionsausschusses vom 23.02.2012 sind 4 wesentliche Punkte im LP VII zugunsten des Verbandes der wassersportreibenden Vereine (VWV) verändert worden:

1. Das bestehende Naturschutzgebiet wird nicht ausgeweitet. Die geplante südwestliche Erweiterung ist zurückgezogen worden.

2. Die nutzbare Wasserfläche ist durch Einrichtung der “Sommerlinie” erweitert worden: Ab August kann bis zum Ende der Saison der Naturschutzbereich bis auf die vom Gutachter der Stadt Eschweiler vorgeschlagene Angrenzung mit genutzt werden.

3. Die südöstliche Naturschutzgebiet-Abgrenzung wurde abgeflacht.

4. Für überregionale Segelregatten kann das Naturschutzgebiet punktuell und zeitlich befristet geöffnet werden.

Die ganzjährige Nutzung des als Landschaftsschutzgebiet (ca. 2/3) ausgewiesenen Seeanteils für Taucher ist weiterhin möglich.

Aufgrund der obigen Ausführungen werden daher seitens der Stadt Alsdorf keine weiteren Bedenken oder Anregungen an die Städte-Region erfolgen.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum erklärt, dass im Amtlichen Mitteilungsblatt der Städteregion die öffentliche Auslegung des Landschaftsplanes angekündigt wurde. Daraufhin stellte sich für ihn die Frage, ob hier noch eine Beteiligung der Stadt Alsdorf nötig sei. Der Inhalt der heute vorgetragenen Mitteilung habe die ökologischen sowie die Belange der Sporttreibenden auch aus Sicht der Stadt Alsdorf berücksichtigt, so dass eine erneute Beschlussfassung durch den Ausschuss für Stadtentwicklung nicht nötig sei.
==========

Anfragen von Ausschussmitgliedern:

Anfrage des Herrn Malecha, Grüne-Fraktion, bzgl. aktueller Sachstand „Stadthotel - Rosengarten“
Herr Malecha fragt nach, ob es neue Erkenntnisse bzgl. des Realisationsstandes „Stadthotel-Rosengarten“ gebe.

Anmerkung der Verwaltung:
Der Bürgermeister, Herr Sonders, teilte mit Mail vom 21.06.2012 mit, dass es nach Erteilung der Baugenehmigung und der letzen Information im Hauptausschuss keinen neuen Sachstand gibt. Der Investor arbeitet weiter an der Finanzierung und will dies bis nach den Sommerferien abschließend geklärt haben

Anfrage des Herrn Malecha, Grüne-Fraktion, bzgl. Sachstand „Alsdorfer Weiher“
Herr Malecha fragt nach, ob es einen neuen Sachstand für den Bereich „Badesee Alsdorfer Weiher“ gebe.

Anmerkung der Verwaltung:
Das FG 2.3 teilte mit Mail vom 20.06.2012 mit, dass es keinen neuen Sachstand zum „Badesee Alsdorfer Weiher“ gebe. Dort könn nach wie vor nicht gebadet werden.

Anfrage des Herrn Malecha, Grüne-Fraktion bzgl. Ausweitung der Blumenrabatte „Blühstreifen neben dem Straßenraum“
Herr Malecha fragt nach, ob man die Blühstreifen im Bereich „verlängerte Würselener Straße – alte Platanenallee“ ausweiten könnte.

Frau Schaal merk an, dass sie Anfrage bzgl. Erweiterung Blühstreifen weitergeben würde.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum, weist darauf hin, dass die Verwaltung in einer der letzten Sitzungen mitgeteilt habe, dass die Blumenrabatte bei Erfolg weiter gepflanzt werden sollen. Diese sei nunmehr abzuwarten. Die Anfragen zum „Stadthotel“ wie zum Sachstand „Alsdorfer Weiher“ sollen in der Niederschrift beantwortet werden.

Anmerkung der Verwaltung:
Das FG 2.3 bestätigt mit Mail vom 20.06.2012 die Aussage des Vorsitzenden, Herrn Stv. Plum. Die Blühstreifen werden "bei Erfolg" sicher ausgeweitet. Den Erfolg könne man aber erst im nächsten Jahr ermessen.

Gez. Plum
Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung

gez. Geßner
Schriftführerin